

freiheit-liberté

Juli 2022 | Newsletter IG Freiheit | Postfach 470, CH-8702 Zollikon | www.freiheit-liberte.ch



Editorial

Zu Recht beklagen wir immer wieder die zunehmende Bürokratie und Regulierungswut von Regierung und Verwaltung. Vergessen wir aber nicht: Die Parlamentarier stehen hier auch in der Verantwortung. Die Zahl der parlamentarischen Vorstösse nimmt jährlich zu. Der Aktivismus gewisser Parlamentarier ist kaum zu bremsen.

Immerhin: Die Vorstandsmitglieder der IG Freiheit dürfen ein gutes Gewissen haben. Ich gehöre dem Parlament nun seit dem Herbst 2015 an. In meinen vier Jahren als Nationalrat und mittlerweile drei Jahren als Ständerat habe ich 17 Vorstösse eingereicht – die Fragen in der nationalrätlichen Fragestunde miteingerechnet. Noch zurückhaltender waren meine Vorstandskollegen Christian Lüscher (24 Vorstösse in 15 Jahren) und Petra Gössi (20 Vorstösse in 11 Jahren). Einzig unser Gründungspräsident Peter Spuhler (11 Vorstösse in 13 Jahren) schlägt uns punkto Zurückhaltung.

Anders sieht es auf der linken Ratsseite aus. SP-Nationalrat Fabian Molina bringt es nach 4 Jahren Ratszugehörigkeit auf stolze 219 Vorstösse. Sein Genfer Kollege Christian Dandrès darf nach 3 Jahren im Rat bereits seinen 100. Vorstoss feiern. Einen fulminanten Start hatte die neue grüne Nationalrätin Natalie Imboden: Kaum vereidigt, bringt sie es nach einer Session bereits auf 12 Vorstösse.

Ich bin froh, kämpft die IG Freiheit gegen diesen teuren Aktivismus. Dass unser Engagement immer wieder von kleinen Erfolgen gekrönt ist, zeigt der «Rostige Paragraph». Dieses Jahr wurde bei zwei Nominationen eine Lösung gefunden. Das Bundesamt für Verkehr fand einen Weg mit der Seilbahn-Branche für die Fondueangebote in der Gondel. Die Aargauer Kantonalbank wiederum hat ihre Kreditvergabe-Richtlinien überarbeitet, weil sie gemerkt hat, dass die Verantwortlichen über das Ziel hinausgeschossen sind.

Genau dies ist der Zweck der IG Freiheit: sensibilisieren und korrigieren. Immer im Sinne der Freiheit!

Mit besten Grüßen,

Philippe Bauer, Ständerat
(Vorstandsmitglied IG Freiheit)

Kampf gegen Bürokratie, Kostenexplosion und Vorstossflut

Wer bremst die Vorstosskönige im Parlament?

Nicht nur die Regulierungsdichte, sondern auch die Zahl parlamentarischer Vorstösse nimmt beängstigende Formen an. Mittlerweile werden rund 2'000 Vorstösse pro Jahr eingereicht. Seit den Achtzigerjahren, wo jährlich rund 680 Vorstösse eingereicht wurden, hat sich dieser Wert verdreifacht. Die IG Freiheit fordert Massnahmen, um dies zu ändern: Während Sondersessionen sollen keine Vorstösse mehr eingereicht werden dürfen. Zudem sollen die Kosten der einzelnen Vorstösse ausgewiesen werden müssen.

Von 1974 bis 1997 reichten die 246 National- und Ständeräte rund 9'500 Vorstösse ein (ca. 680 pro Jahr). In der Legislatur 2003-2007 waren es bereits 4'000 Vorstösse (ca. 1'000 pro Jahr). Wie die Zahlen aus den Jahren 2020 (1'936 Vorstösse) und 2021 (1'897 Vorstösse) zeigen, hat sich dieser Wert mittlerweile verdreifacht. Eine erschreckende Entwicklung. Dieses Jahr dürfte ein neuer Rekordwert erreicht werden: Nach der Sommersession verzeichnen die Parlamentsdienste bereits gegen 1'600 neue Vorstösse. Die Herbst- und Wintersession stehen noch aus.

Sondersessionen: Zunahme statt Abbau der Geschäftslast!

Gemäss Parlamentsgesetz können die Räte Sondersessionen beschliessen, wenn die ordentlichen Sessionen «zum Abbau der Geschäftslast» nicht ausreichen. Daher führt der Nationalrat seit über 10 Jahren jedes Jahr eine mehrtägige Sondersession durch. Doch das Ziel der Sondersession – der Abbau der Geschäftslast – wird regelmässig vereitelt: Mittlerweile werden in Sondersessionen mehr neue Vorstösse eingereicht, als alte Geschäfte erledigt werden. Damit führen auch Sondersessionen zu einem weiteren Anstieg der Geschäftslast.

Kampf gegen Vorstossflut

In der Sondersession des Nationalrats vom Mai 2022 wurden rund 50 Geschäfte erledigt, gleichzeitig aber über 150 neue Vorstösse eingereicht. Die Pendenzenliste ist damit um 100 Geschäfte gewachsen – eine Absurdität und ein Widerspruch zum Ziel, die Geschäftslast «abzubauen». Daher fordert Nationalrat Gregor Rutz, Präsident der IG Freiheit, dass Sondersessionen künftig einzig dazu verwendet werden dürfen, die Geschäftslast abzubauen. Das heisst: Neue Vorstösse dürfen künftig in Sondersessionen nicht mehr eingereicht werden.

Teure Vorstösse

Vorstösse lösen immer Kosten aus: direkte Kosten für die Bearbeitung durch die Verwaltung, aber auch Folgekosten wie z.B. die Er-

arbeitung einer Studie bei der Annahme eines Postulats. Die Antwort auf eine Interpellation von Peter Spuhler aus dem Jahre 2007 («Kosten der Regulierungsdichte») gibt Auskunft über die direkten Kosten für die Bearbeitung eines Vorstosses: Während diese Kosten 1999 noch 4'080 Franken betragen, wurde 2007 bereits mit 6'120 Franken gerechnet. Weitere Fragen liess der Bundesrat unbeantwortet, denn die genaue Erhebung der Kosten und des zeitlichen Aufwands für die Beantwortung von Fragen oder Vorstössen sei «nicht verhältnismässig» und erfordere «aufwendige Abklärungen».

Kostenwahrheit einfordern

Diese Haltung ist unverständlich. Die Erfassung von Zeit und Aufwand für einzelne Aufträge ist für jeden Gewerbebetrieb ein standardmässiger Vorgang. Dies muss auch für den Bund gelten: Die Kosten für die Beantwortung von Vorstössen sollen künftig transparent ausgewiesen werden. So fordert es Nationalrat Fabio Regazzi in einer parlamentarischen Initiative.

Weiter sollen in den Antworten auf Vorstösse auch die geschätzten Folgekosten angegeben werden – ähnlich, wie es die Richtlinien des Bundesrates für die Regulierungsfolgenabschätzung bei Rechtssetzungsvorhaben des Bundes vorsehen. Dies fordert Nationalrätin Diana Gutjahr in ihrer parlamentarischen Initiative. Alle drei Vorstösse haben intakte Chancen auf Mehrheiten. Hoffen wir, dass sich der gesunde Menschenverstand im National- und Ständerat durchsetzt!

Sommersession 2022: Vorstösse pro Fraktion

Fraktion	Mitglieder	Vorstösse	Durchschnitt pro Mitglied
Grüne	35	169	4,8
SP	47	130	2,8
GLP	16	33	2
SVP	62	126	2
Mitte	45	86	1,9
FDP	41	57	1,4

Der Rostige Paragraph 2022 geht nach Berikon

Polizeistunde für Kuhglocken – absurd und intolerant

Bereits zum 16. Mal hat die IG Freiheit das unnützigste Gesetz des Jahres mit dem «Rostigen Paragraphen» ausgezeichnet. Diesjähriger Gewinner ist Markus Hüsler, der für eine gesetzliche Nachtruhe für Kühe gesorgt hat. Als Anrainer einer Kuhweide im aargauischen Berikon hat er sich am Glockengeläut gestört. Aufgrund seiner Klage werden die Beriker Bauern fortan ihren Kühen ab 22 Uhr die Glocken abnehmen müssen. Denn Lärm ist Lärm – egal, von welchem Lebewesen.



Streitgespräch mit Nationalrätin Aline Trede (Fraktionschefin Grüne) und Nationalrat Christian Imark

Wie jedes Jahr durfte die IG Freiheit auch im Mai 2022 über 300 Gäste zur Prämierung des überflüssigsten Gesetzes begrüßen. Von Zoe Torinesi und Reto Brennwald durch den Abend geführt, durften die Zuschauer staunen, lachen und nicht selten den Kopf schütteln.

Mit beeindruckenden 46% der Stimmen ging die diesjährige Trophäe in die Gemeinde Berikon, wo Anwohner Markus Hüsler veranlasst hat, dass auch Kühe sich an die Nachtruhe halten sollen. Diese Nomination provozierte unter den Teilnehmern des Internet-Votings am meisten Diskussionen.



Gemüseproduzent Beat Huber im Gespräch mit Zoe Torinesi

Das Ergebnis fiel denn auch ungewöhnlich klar aus.

Silbermedaille geht nach Genf

Mit 26% der Stimmen ging die Silbermedaille an das Parlament der Stadt Genf, welches allen in Genf wohnhaften Frauen künftig in städtischen Einrichtungen 20% Rabatt geben möchte. Das sei eine Kampfansage an die Lohndiskriminierung. Wie viel gerechter die Welt durch diese willkürliche Bevorteilung von Frauen tatsächlich sein wird, bleibt offen.

Auf den dritten Podestplatz schaffte es das Fondue-Verbot in Gondelbahnen. Nominiert war stellvertretend dafür das Bundesamt für Verkehr, das für die Umsetzung der betreffenden Bestimmungen zuständig ist. Die revidierte EU-Richtlinie erfordere ein solches Verbot, meinte das Bundesamt zunächst. Der Fondue-Plausch konnte nun aber dank einer Ausnahmeregelung gerettet werden.

Gemüsebeauftragter auf Platz fünf

Den vierten Platz belegte Dieter Egloff, Bankratspräsident der Aargauischen Kantonalbank. Die AKB wollte unter dem Titel «Sustainable Finance» gewisse Betriebe mit einem Kreditverbot versehen. Neben Waffenhändlern und Pornoproduzenten fielen auch Hersteller von hochprozentigem Alkohol in diese Kategorie. Die Aargauer Kirschenbrenner staunten, dass sie plötzlich auf gleicher Stufe wie Waffenhändler und Pornoproduzenten waren. Aufgrund der heftigen Kritik hat die AKB ihre Kriterien überarbeitet: Der Zugang zu Finanzierungen soll «grundsätzlich sämtlichen Unternehmen» offenstehen.

Der fünfte Vorstoss, auf den niemand erwartet hat, kam von Raphael Fuhrer, der den Basler Regierungsrat damit beauftragen wollte, die Bevölkerung für Saisonalität und Nachhaltigkeit zu sensibilisieren. Die Stadtgärtnerei solle den Bastlern beibringen, wann Kartoffelernte ist und wie Gemeinschaftsgärten miteinander biologisch bewirtschaftet werden können. Der Regierungsrat wollte aber von einem Gemüsebeauftragten nichts wissen. Zwischen all den absurden Gesetzen und Vorstössen unterhielt Kabarettist Peter



Reto Brennwald im Gespräch mit Peter König, Leiter des Rechtsdienstes im Bundesamt für Verkehr

Pfändler das Publikum mit Gesang und humoristischen Einlagen, über die das Publikum ebenso herzlich lachen konnte wie über die nominierten Gesetze.

Korrekturen nach Nomination für den «Rostigen Paragraphen»

Nominierte gingen über die Bücher

Seit 16 Jahren vergibt die IG Freiheit den «Rostigen Paragraphen» und kürt so jährlich das unsinnigste Gesetz, den dümmsten Entscheid oder den unnötigsten Vorstoss. Ziel ist die Sensibilisierung von Politikern und Verantwortungsträgern. Erfreulicherweise führt die Nomination für den «Rostigen Paragraphen» immer wieder dazu, dass entsprechende Entscheide korrigiert werden. Das Engagement der IG Freiheit lohnt sich.



Reto Brennwald und Zoe Torinesi mit den Nationalräten Gregor Rutz und Alois Huber (v.l.n.r.)

Am 17. Mai vermeldete die Aargauer Zeitung, die Aargauische Kantonalbank habe die «Kriterien für ihre Kreditvergabe überarbeitet und angepasst». Der Entscheid der AKB, die Kreditvergabe für Casinos, Spirituosenfirmen, Tabakprodukte und weitere Branchen einzuschränken, führte zu heftigen Reaktionen – und zur Nomination für den «Rostigen Paragraphen». Der Aargauer Gewerbeverband, die Industrie- und Handelskammer, die bürgerlichen Parteien, aber auch grosse Konzerne wie der Chemiekonzern Syngenta kritisierten

die Bank. Die «Intensität der Reaktionen» habe sie überrascht, liess CEO Dieter Widmer die Medien wissen. Drei Tage vor der Verleihung des «Rostigen Paragraphen» publizierte die AKB ein Communiqué, in dem sie die Korrektur ankündigte.

...auch Fondue bleibt erlaubt

Ähnlich präsentiert sich die Situation bezüglich der EU-Richtlinie zu den Seilbahnen. Nachdem das Bundesamt für Verkehr zunächst eine strikte Umsetzung verteidigt hatte, konnte eine Lösung mit der Seilbahnbranche gefunden werden. Eine Woche vor der Verleihung des «Rostigen Paragraphen» konnte der Verband Seilbahnen Schweiz eine Branchenlösung präsentieren, die Fonduefahrten in Bergbahnen auch künftig möglich macht. Das Bundesamt für Verkehr genehmigte die Regelung rechtzeitig.

Fazit: Der Einsatz für die Freiheit lohnt sich! Die IG Freiheit konnte – zusammen mit anderen Akteuren – aktiv dazu beitragen, dass zwei störende Regelungen rasch und zielgerichtet korrigiert wurden.

Paragraphen-Warnung

Mehr Freizeit für Klimaschutz

Dass die Grünen eine generelle Reduktion der Arbeitszeit anstreben, ist bekannt. Mit knapp 42 Stunden habe die Schweiz eine der höchsten wöchentlichen Arbeitszeiten in Europa, klagen sie. Mehr Freizeit wäre wichtig. Nun hat Parteipräsident Balthasar Glättli neue Argumente für seine Ideen gefunden: Eine Reduktion der Erwerbsarbeitszeit soll zur Erreichung der Klimaziele und zu mehr sozialer Gerechtigkeit beitragen. Der Bundesrat soll daher untersuchen, ob mit einem sozial abgestuften Lohnausgleich, einem Minimal- oder Maximallohn oder einem unbedingten Grundeinkommen nicht mehr Gerechtigkeit erreicht werden könnte. Auch eine unentgeltliche Grundversorgung («universal basic services») soll geprüft werden. Und selbstverständlich soll auch eine Besteuerung von CO₂-intensiven Tätigkeiten ins Auge gefasst werden.

Nur so können wir nach Auffassung der Grünen zu einem umfassenderen Wohlstandsbegriff gelangen, welcher neben der materiellen Grundsicherung auch immaterielle Aspekte – z.B. «Zeitwohlstand» – mit einbezieht. Für das, was Glättli mit zahlreichen wohlklingenden Fremdwörtern umschreibt, gibt es einen einfachen Fachbegriff: Planwirtschaft.

Werbeverbote ad absurdum

Wer meint, nach der Annahme der Initiative für ein Tabakwerbeverbot würden nun ruhigere Zeiten anbrechen, täuscht sich gefährlich. Die Projekte linksgrüner Politiker für staatliche Einschränkungen werden immer schlimmer. In Genf soll mit der Initiative «Zéro Pub» kommerzielle Werbung generell aus dem öffentlichen Raum verbannt werden. Auch in Bern sind entsprechende Vorstösse hängig.

In Deutschland fordern Politiker, Werbung für ungesunde Lebensmittel zu verbieten, die sich an unter 14-Jährige richtet. Betroffenen wären Produkte mit hohem Zucker- oder Fettgehalt. Konsumentenschützer gehen noch weiter: Sie fordern ein umfassendes Werbeverbot zwischen 6 und 23 Uhr für Radio und Fernsehen sowie ein generelles Verbot für Influencer-Werbung. Währenddessen debattiert das EU-Parlament über Warnhinweise auf Weinflaschen – ähnlich wie Schockbilder auf Zigarettenpackungen üblich sind. Mit Fug und Recht fragt man sich: Wenn sich Politiker so intensiv um die Bürger kümmern – müsste man dann nicht vielmehr die Bürger vor dem Staat schützen?



LIBERALES INSTITUT

Veranstungshinweis

LI-Konferenz und Buchvernissage «Freiheit statt Technokratie»

Dienstag, 25. Oktober 2022

Hotel Glockenhof, Sihlstrasse 31, 8001 Zürich – Beginn um 18.30 Uhr (Eintreffen ab 18.00 Uhr)

Die Technokratisierung der Politik wird als unaufhaltsame Entwicklung dargestellt. Es werden mit Verweis auf ausgewählte Studien und Experten Sachzwänge behauptet, die ein bestimmtes Regierungshandeln als «alternativlos» erscheinen lassen. Doch wer entscheidet, welche der vielen Studien nun Gewicht im öffentlichen Diskurs erhalten und welche Fachdisziplinen und Methoden für eine konkrete Fragestellung als relevant erachtet werden? Was kann die Wissenschaft wissen, und was nicht? Kann die Wissenschaft normative Vorgaben machen?

Referenten:

Andreas Tiedtke, Rechtsanwalt, Unternehmer und Buchautor
«Mit welchen wissenschaftlichen Methoden gelangt man zu welcher Erkenntnis?»

Michael Esfeld, Professor für Wissenschaftsphilosophie, Universität Lausanne
«Was kann die Wissenschaft wissen und was nicht?»

Margit Osterloh, Gastprofessorin Universität Basel / Center for Research in Economics, Management and the Arts (CREMA), Zürich
«Überwindung des Autoritätsvirus in Wissenschaft und Politik»

Anschliessend Diskussion und Apéro

Schlusspunkt

Reden Männer länger als Frauen?

Frauen seien in Parlamenten punkto Wortmeldungen und Redezeiten untervertreten – so die Vermutung einiger Parlamentarierinnen im Zürcher Gemeinderat. Daher soll im Zürcher Stadtparlament künftig eine genaue Statistik erstellt werden, welche über die Länge und Zahl der Wortmeldungen Auskunft gibt.

Selina Walgis vertritt die Grünen seit zwei Jahren im Zürcher Stadtparlament. In beachtlicher Kadenz reichte die 30-jährige Primarlehrerin bisher jeden Monat einen Vorstoss ein. Walgis möchte die Ernährungsrichtlinien für die Verpflegung an den Schulen der Stadt Zürich so anpassen, dass «die durchschnittliche CO₂-Menge pro konsumiertem Menu in den nächsten Jahren um 30% gesenkt werden» kann. Auch für die bezahlte Dispensierung bei Menstruationsbeschwerden, für die Ergänzung der Strassenschilder mit weiblichen Vornamen, für «Angebote gegen die Klimaangst und zur Stärkung der inneren Widerstandskraft der Gesellschaft», für die kostenlose Bereitstellung von Menstruationsprodukten in den städtischen Toiletten, für die Sensibilisierung der Bevölkerung für Tauben und deren Umsiedlung in Schläge oder für die Steigerung des Anteils an biologischen Produkten in den städtischen Kantinen setzt sich Walgis ein. Da staunt der Laie, und der Fachmann wundert sich.

Stadtparlament will Genderstatistik

Die grösste Beachtung in den Medien fand ein Vorstoss, den Walgis zusammen mit SP-Ratskollegin Marion Schmid einreichte. Die beiden Parlamentarierinnen fordern den Gemeinderat auf, «ein Genderwatch-Protokoll zu führen, das aufzeigt, wie das Verhältnis der Geschlechter bei den Wortmeldungen und der Redezeit der Ratsmitglieder ist.» Die Daten sollen ausgewertet und öffentlich zugänglich gemacht werden. Im Mai überwies der Zürcher Gemeinderat den Vorstoss mit 61 zu 50 Stimmen bei 6 Enthaltungen.

Künftig wird damit im Zürcher Stadtparlament gemessen, wie oft und wie lange Frauen reden. Die Initiantinnen vermuten, dass das weibliche Geschlecht zu wenig oft und zu we-

nig lange zu Wort kommt. Nur zu zählen, wie hoch der Frauenanteil in einem Parlament sei, reiche nicht – es gelte ein Bewusstsein zu schaffen über die tatsächlichen Verhältnisse. Auch junge Leute oder Menschen mit Migrationshintergrund kämen in Parlamenten wohl zu wenig zu Wort.

Bereits einmal vor Bezirksrat verloren

Der geneigte Leser erinnert sich: Bereits vor einigen Monaten stand das Zürcher Stadtparlament wegen Gleichstellungsfragen in den Schlagzeilen. Die Ratsleitung weigerte sich, einen Vorstoss anzunehmen, der nicht «geschlechtergerecht» formuliert war. Initiantin Susanne Brunner rekurrierte. Der Bezirksrat gab ihr Recht. Es gehört zur Freiheit der Parlamentarier, Vorstösse so zu formulieren, wie sie es für richtig halten. Vorstösse abzulehnen, nur weil die Formulierung der politischen Mehrheit nicht gefällt, ist rechtswidrig. Brunner meinte in der Ratsdebatte zum «Genderwatch»-Protokoll lapidar: «Es soll reden, wer etwas zu sagen hat, statt sich zu melden, damit am Schluss die Statistik stimmt.» Dem gibt es eigentlich nichts mehr hinzuzufügen.

Statistik auch im Nationalrat?

Doch auch im Nationalrat stösst die Idee aus der Stadt Zürich bei Vertretern der Grünen auf offene Ohren. Nationalrätin Greta Gysin kann sich Medienberichten zufolge gut vorstellen, die Idee einer solchen Statistik auch auf Bundesebene einzubringen. Immerhin: Gysin merkte gegenüber Journalisten treffend an, die Länge der Voten und der Redezeit sei keine Garantie für gute Politik. Es gebe durchaus Politiker, «die sehr viel sprechen, aber sehr wenig sagen». Da kann man nur beipflichten. Zudem liefert Gysin hier das beste Argument gegen solche Statistiken gleich selbst.

Trouvailles aus der Sommersession

Gewisse Parlamentarier sind nicht nur fleissig, sondern auch sehr ideenreich mit ihren Vorstössen. So fragt der umtriebige Aussenpolitiker Fabian Molina (SP/ZH), was der Bundesrat zum Verbot der Tiananmen-Gedenkanlässe in Hongkong denke, wie er auf die Ermordung der Journalistin Shireen Abu Akleh reagiert habe, was nach seiner Auffassung der Unterschied zwischen Putin und Erdogan sei und wie er auf satanische Verschwörungsmythen reagiere, die in psychiatrischen Kreisen kursieren. Derweil macht sich Sarah Wyss (SP/BL) Sorgen über Lachgas als neue Partydroge. Léonore Porchet (Grüne/VD) will den Opfern der Hexenverfolgung gedenken, während ihre Kollegin Franziska Ryser (Grüne/SG) sich fragt, warum Nachtzüge nicht in St. Gallen halten. Stefania Prezioso Batou schliesslich fragt den Bundesrat, was er gegen die Gefahr einer Militärintervention in der Türkei unternehme. Wer meint, die Parlamentarier möchten mittels Vorstössen die Welt retten, hat gar nicht so unrecht!

Bild des Monats



Widersprüchliche Signalisation in Zürich-Witikon: Wird so Verkehrssicherheit geschaffen?



Veranstaltungen

Feierabend-Bier

mit Alois Huber und Gregor Rutz
29. August 2022
8965 Berikon

14. Herbsttagung

9. September 2022
«Haus der Freiheit»
Landgasthof Sonne, Wintersberg
9642 Ebnat-Kappel

Neumitglieder-Anlass

mit Diana Gutjahr
3. November 2022
Ernst Fischer AG
Hofstrasse 38, 8590 Romanshorn

Neumitglieder-Anlass

mit Fabio Regazzi
8. November 2022
6900 Lugano / Kt. Tessin

17. Verleihung des «Rostigen Paragraphen»

19. Mai 2023
«Aura», Bleicherweg 5, 8001 Zürich

Impressum